

Fadegrad



von
Roland Scheck

Umerziehung

Der ideologische Kampf gegen den Motorisierten Individualverkehr stösst an seine Grenzen. Allein mit Verkehrsschikanen ist dem Autoverkehr nicht beizukommen, denn Autofahrer sind leidensfähig. Leidensfähig als der rot-grüne Stadtrat erlaubt. Aus diesem Grund greift dieser jetzt noch tiefer in die sozialistische Trickkiste. Wenn Schikanen nichts mehr nützen, muss das Volk halt umerzogen werden. Dazu hat der Stadtrat zwei Programme mit den vielsagenden Bezeichnungen «Mobilitätskommunikation über einen neuen zielgruppenspezifischen Konzeptansatz» und «Reduktion von MIV-Kilometern» initiiert. Mit dem «neuen zielgruppenspezifischen Konzeptansatz» hat man unter anderem die Kinder im Fokus, denen Beat Schlatter das «Auto-Märl» erzählt. Aber auch die Erwachsenen sind eine zielgruppenspezifische Zielgruppe, die es zu erziehen gilt. Im Rahmen des Programms «Reduktion von MIV-Kilometern» wird zur Zeit eine Befragung in den Quartieren Alt-Wiedikon und Friesenberg durchgeführt. Dazu werden der Quartierbevölkerung sogenannte Mobilitätskarten in drei unterschiedlichen Versionen verteilt. Die erste Karte ist eine reine Informationskarte mit neutralen Informationen zu verschiedenen Mobilitätsangeboten. Die zweite Karte ist die sogenannte Persuasionskarte, also eine Überzeugungskarte. Die Botschaft der Persuasionskarte lautet: Viele machen bereits etwas; jedoch muss jede und jeder einen Beitrag leisten, damit das Ziel einer stadtverträglichen Mobilität erreicht wird. Was stadtverträgliche Mobilität heisst, definiert selbstverständlich der rot-grüne Stadtrat. Die dritte Karte nennt sich AON-Karte. Unter AON ist «Alle-oder-Niemand-Vertrag» zu verstehen. Mit dem AON verpflichtet sich eine Person, das vorgegebene MIV-Kilometer-Reduktionsziel zu verfolgen, das heisst, 10 Prozent der MIV-Kilometer einzusparen, wenn sich eine gewisse Anzahl weiterer Personen ebenfalls dazu verpflichtet. Die Vertragsdauer umfasst sechs Monate. Laut Stadtrat übernehmen die Teilnehmenden mit der AON-Karte mehr Verantwortung, indem sie ihr Mobilitätsverhalten seiner Vision «Stadtverkehr 2025» anpassen. Der Stadtrat gibt unumwunden zu, dass er mit den Programmen das Mobilitätsverhalten der Bevölkerung verändern will. Insbesondere soll der Versuch in Wiedikon Rückschlüsse geben, wie gezielte Einflussnahme das Mobilitätsverhalten beeinflussen kann. Gezielte Einflussnahme! Die rot-grüne Regierung bereitet also eine Aktion vor, mit der die Bevölkerung von Zürich nach den Vorstellungen des Stadtrats umerzogen werden soll. Schliesslich hat der Stadtrat eine Vision, wie das Volk zu leben hat. Nach der Schikane die Umerziehung. Und niemand möchte wissen, wie der nächste Schritt aussieht.

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Der Pleitegeier, der auf dem «schweisamen» und kranken Baum sitzt

Eine sinnbildliche Geschichte, die wohl nur im geistigen Gülle-Biotop der rot-grünen Ideologie wachsen konnte.



Samuel Balsiger
Gemeinderat SVP
Zürich 9

Die Eckpfeiler des politischen Trauerspiels sind ein vergoldeter Kinderhort, ein «schweisamer» Baum, die linke Politik und somit zwangsläufig auch öffentliche Ausgaben in Millionenhöhe! Worum geht es?

Die Stadt Zürich kündigte im Jahr 2010 einen neuen Hort (Einrichtung zur Kinderbetreuung) mit 140 Plätzen im Quartier Hottingen an. Ursprüngliche Gesamtkosten: 9,4 Millionen Steuerfranken! Wenn schon ein Kinderhort, dann aber ein vergoldeter, dachte sich wohl die rot-grüne Elite. Die SVP wehrte sich auch damals im Gemeinderat als einzige politische Kraft gegen die horrenden Ausgaben. Das Geschäft wurde jedoch von den anderen Parteien nicht bekämpft und kam zustande.

Doch es regte sich Widerstand im Quartier. Eine Anwohnerin legte Rekurs gegen das Projekt ein. Jedoch nicht weil es zu teuer ist, nicht weil es unsozial ist, nachkommen Generationen zwar einen vergoldeten Kinderhort, aber auch eine desolate Finanzlage zu hinterlassen – nein, die Kritik der Anwohnerin dreht sich hauptsächlich um einen Baum.

Wenn ein Baum «schweisam» ist. Denn mit dem Errichten des vergoldeten Kinderhorts muss auch ein Baum gefällt werden. Die Anwohnerin verfasste einen Protestbrief. Darin wird vom «gütigen» Baum geschrieben und dass diesem «schweisamen Mitbewohner» eine Stimme verliehen wird. Gar ein Gutachten über den Baum wurde mit öffentlichen Geldern erstellt. Dieses belegte aber, dass die verholzte Pflanze krank und nicht mehr genügend stabil ist. Der Streit zog sich dennoch bis an das Bundesgericht. Die Richter in Lausanne entschieden nun zu Gunsten der Stadt Zürich. Der Hort kann gebaut werden. Über die Beweggründe der Anwohnerin, den Rekurs einzulegen, über inhaltliche Aspekte des Gerichtsverfahrens oder ob ein Baum ein «schweisamer Mitbewohner» sein kann, es liegt nicht an uns, darüber abschliessend zu urteilen. Die Stadt Zürich plante das Bauvorhaben – wie fast immer – über die Köpfe der Anwohner hinweg. Dass die Arroganz der Obrigkeit Widerstand in irgendeiner Form auslöst, ist verständlich. Rekurse sind zudem oft ein gutes Mittel, um der rot-grünen Elite den Spass beim Steuergeldausgeben zumindest ein wenig zu nehmen.

Nur die SVP kämpft. Bedenklich und unverständlich ist jedoch, dass der vergoldete Kinderhort nun satte 10,4 Millionen Steuerfranken kosten soll (Weisung

2014/153). Also nochmals eine Million Franken mehr! Wir erinnern uns an den letzten Dienstag: Stadtrat und Finanzvorsteher Daniel Leupi (Grüne) kündigte Sparmassnahmen, die «einschenken» an. Ein Kinderhort für 10,4 Millionen Steuerfranken schenkt tatsächlich ein – und zwar auf der Aufwandsseite im Budget. Aber von Sparübung kann keine ehrliche Rede sein. Einzig die Volkspartei hat die Kraft, sich gegen immer neue Begehrlichkeiten zu stellen. Auch diesen Mittwoch war es nur die SVP, die sich im städtischen Parlament für einen verantwortungsvollen Umgang mit Steuergeldern einsetzte. Unser Gemeinderat Daniel Regli (Kreis 11) zeigte in seinem Votum auf, dass die Kosten aus dem Ruder laufen. Alle anderen Parteien stimmten der Erhöhung des Objektkredits für den vergoldeten Kinderhort eiskalt zu. Es ist unbestritten, dass gewisse Familien auf solche Einrichtungen angewiesen sind. Aber Schuldenmachen und überbezahlte Bauten hinstellen, ist absolut kein Dienst an der Zukunft der Kinder und den heutigen Steuerzah-

lern. Die Stadt Zürich muss ganz schnell lernen, günstiger zu bauen!

Der «kranke Baum» wird fallen ...

Finanzvorsteher Daniel Leupi (Grüne) sitzt jedoch mit den anderen Pleitegeiern des Stadtrates in anderen Sphären ganz oben auf dem «kranken Baum». Auch sinnbildlich wird dieser bald gefällt oder umstürzen. Der Kahlschlag, der wohl entweder drastische Einschnitte bei der Ausgaben- oder mehr als happige Steuererhöhungen bringen wird, dürfte vielen Stadtbewohnern weh tun. Es wird dann auch nicht um «schweisame» Bäume, sondern um echte Korrekturen gehen. Auf der linken Seite wird schon nach Steuererhöhungen gerufen! Die SVP wiederum setzt alles daran, die linke Sozialindustrie, die oft einzig auf bildungsferne Migranten ausgerichtet ist, zurückzustutzen. Der Wildwuchs in der sogenannten sozialen Wohlfahrt ist jedoch bereits so fortgeschritten, dass fast kein Licht mehr durchdringt. Jeder verantwortungsvolle Bürger ist nun «Gärtner» – die SVP braucht jede Stimme!

Parole SVP Stadt Zürich

Objektkredit von 81,359 Mio. Franken für den Neubau der Hochbauten (Eissportanlage) und die Erneuerung der Badeanlage im Sportzentrum Heuried

JA

STADT ZÜRICH / BUDGET 2015

Die rot-grünen Geldvernichter und Enteigner zünden den Turbo

Mit Stolz verkündete Finanzvorstand Leupi diese Woche, dass seine Plafonierungsvorgaben an die Departemente Wirkung gezeigt hätten – das Budgetdefizit 2015 betrage «nur» 148,5 Millionen Franken.



Roger Liebi
Gemeinderat
Präsident SVP
Stadt Zürich

Die SVP der Stadt Zürich ist empört über diese lapidare Darstellung der Verbrennung von Volksvermögen, umso mehr die sagenhafte Zunahme (+499,9 Mio. Franken) der Nettoschulden auf nunmehr 5,357 Milliarden Franken(!) Zürcherinnen und Zürchern, insbesondere der Jugend, den sicheren Teppich immer mehr unter den Füssen wegzieht.

Systemisches Defizit

Das Budget 2015 inklusive der stolzen Erklärungen des Stadtrates zeigen in dieser Form überdeutlich auf, dass das Defizit der Stadt Zürich systemisch ist. Nicht einmal eine Zunahme der Einnahmen aus Steuern und Gebühren um rund 250 Millionen Franken reichen mehr zu einem ausgeglichenen

Haushalt. Kein Wunder, wenn man bedenkt, dass der Gesamtaufwand der städtischen Rechnung gegenüber 2013 um über 350 Millionen Franken ansteigen soll.

Ein Vergleich des kumulierten (2005–2015) Personalaufwandes, 26,792 Milliarden Franken und des entsprechenden Steuerertrages, 25,693 Milliarden Franken (Differenz über 1 Milliarde Franken) zeigt deutlich auf, dass in der Stadt Zürich ein nicht mehr finanzierbarer Staatsmoloch mit dem Ziel der Umerziehung von mündigen Bürgern und Kindern entstanden ist.

Verhöhnung der Steuerzahler

Kein Wunder leitete Alt-Stadtrat Vollenwyder 2012 das Sanierungsprogramm 17/0 ein, welches er allerdings ganz offensichtlich wohlweislich nicht selber begleiten wollte. Die Aufgaben- und Finanzpläne zeigten schon damals die dringende Notwendigkeit einer solchen Sanierung auf.

Was allerdings Finanzvorstand

Leupi heute als Ergebnis der nunmehr bereits 1½-jährigen Planungen präsentierte, kann nur noch als Verhöhnung des Gemeinderates und der Steuerzahler bezeichnet werden. Ganze 40 Millionen Franken zur Verbesserung der Defizitstruktur wurden gefunden, und davon stammen erst noch 20 Millionen Franken aus Gebührenerhöhungen ...

Wohl tönte Leupi im Namen des Stadtrates weitere massive Massnahmen an, die allerdings unerklärlicherweise erst im November vorliegen sollen. Den ausweichenden Antworten auf entsprechende Nachfragen in der RPK muss entnommen werden, dass die Sanierung wohl in starkem Masse auf dem Buckel der Steuerzahler erfolgen wird. Angesichts der Ratlosigkeit und der Durchsetzungsschwäche des Stadtrates in seinen Departementen scheint eine Steuererhöhung auf spätestens 2016 beschlossene Sache zu sein.

Frühere parlamentarische Kontrolle

Die SVP der Stadt Zürich wird das vorliegende Budget, ganz besonders auch unter dem Eindruck des APF 2015–2018, der 2016 (unter der gemäss Finanzkontrolle notwendigen Einrechnung der Schuld gegenüber der Pensionskasse) bereits einen Finanzdefizitbetrag prognostiziert, nicht genehmigen und allenfalls auch vor einer weiteren Rückweisung nicht zurückschrecken.

Es zeigt sich, dass die parlamentarische Kontrolle der städtischen Finanzplanung aufgrund des freihändigen Gebarens der rot-grün dominierten Exekutive in einem wesentlich früheren Stadium greifen muss.

Die SVP wehrt sich entschieden gegen die mit dem Turbo gezündete, fortschreitende Geldvernichtung und die damit verbundene Enteignung der Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt über Steuern und Gebühren. Der masslose Ausbau der städtischen Aufgaben kennt am Schluss drei Verlierer: Wirtschaft, Bürger und Freiheit!

LESERBRIEFE

Ein weitsichtiger und guter Entscheid

Der Bundesrat hat entschieden, den Militärflugplatz Dübendorf als Bundesbasis mit einem zivilen Mitnutzer weiter zu nutzen. Ein weitsichtiger und guter Entscheid, der die Bedeutung der Aviatik und der militärischen Sicherheit aufzeigt. Mit der weiteren fliegerischen Nutzung des Bundesgeländes kann die einmalige strategische Landesreserve ohne übermässige Belastung der dicht besiedelten Umgebung für künftige Generationen erhalten bleiben. Denn für den Flugbetrieb, d.h. Leichtaviatik ohne Linien- und regelmässigen Charterverkehr, gibt es strikte Auflagen. Er muss sich an

Lärm- und Grenzwerte halten. Zudem bringt die Chance der militärisch-zivilaviatischen Aviatik mit der Ansiedlung wissenschaftlicher Aviatik den grössten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Nutzen, ist doch die Aviatik eine der innovativsten der Technologiebranche. Der militärische Flugbetrieb auf dem Flugplatz Dübendorf hat zwar in den letzten Jahren abgenommen, nicht aber dessen Bedeutung. Gerade bei Spannungen und Katastrophen muss auch in Zukunft die militärische Operation 1. Priorität haben. Dies wird mit der Bundesbasis Dübendorf gewährleistet.

Jacqueline Hofer, Kantonsrätin,
Dübendorf

Mogelpackung Asylreform

Der Bundesrat hat vor kurzem die neue Asylreform vorgestellt. Nur noch maximal 140 Tage soll es gross angekündigt bis zum Entscheid gehen. Das tönt auf den ersten Blick besser als auch schon. Allerdings wird das in kleiner gedruckten gleich wieder relativiert mit: In den meisten Fällen und später: Der Bundesrat rechnet bei zwei Dritteln der Fälle. Die Erklärung für die mögliche Nichteinhaltung wird also gleich mitgeliefert.

Dazu soll jedem Antragsteller von Beginn weg ein kostenloser Rechts-

beistand und Asylbetreuer zu Verfügung gestellt werden. Damit schafft Frau Bundesrätin Simonetta Sommaruga ein Arbeitsbeschaffungsprogramm für voraussichtlich vor allem linke Akademikerinnen und linke Akademiker die so auf Kosten der Steuerzahler zu einem sicheren guten Verdienst kommen. Also schlägt Sie damit zwei Fliegen auf einen Streich. Mit dem ersten Teil sollen die eher Bürgerlichen Parlamentarier über den Tisch gezogen und mit dem zweiten Teil die eigene Partei ruhig gestellt werden. Liebe Bürgerinnen und Bürger, hütet Euch vor der neuen Asylreform des Bundesrates.

Walter Schwaninger, Feuerthalen